

Sächsische Zeitung



1909. Nr. 342.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Druckerei für Halle a. S. Verleger Dr. W. B. B. durch die Post bezogen 3 M. für das Vierteljahr. Die Halleische Zeitung erscheint wöchentlich zwölf Mal. — Größte Beilage: Ostfälische Wochen- (tägl. Feuilleton), 30. Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft), Bamberg, Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Abdrucke von Bilden, die in der Halleischen Zeitung erschienen sind, dürfen ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion nicht veröffentlicht werden. — Die Halleische Zeitung ist in Halle a. S. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 57, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Nr. Braunschw. 6. Verleger: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Sonnabend, 24. Juli 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Postfachstraße 14. Telefon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Der letzte Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen?

Denjenigen Parteien, welche die so dringend notwendige Reichsfinanzreform gegen den erbitterten Widerstand der mit den Sozialdemokraten vereinigten Liberalen oder Sozialistinnen schließlich in den Köfen gebracht haben, insbesondere den Sozialdemokraten, wird jetzt in der liberalen Presse nachgesagt, sie leisteten mit jeder Steuerbewilligung Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie. Diesen Vorwurf würde man schließlich gegen jede Finanzreform erheben können, die unter Zuzugnahme neuer oder Erhöhung bestehender Verbrauchssteuern zustande gebracht wird. Da der Wasserzufluß zu den sozialdemokratischen Agitationsmühlen beginnt schon mit dem Tage, an dem eine solche Finanzreform vorgelegt und zur öffentlichen Diskussion gestellt wird. Da aber die absolut notwendige Sanierung unserer Finanzfinanzen ohne Zuzugnahme der Verbrauchssteuernquellen vollkommen ausgeschlossen war, — das kam auch von liberaler Seite nicht bestritten werden, — so wäre es von vornherein Aufgabe der Regierung und aller nicht sozialdemokratischen Parteien gewesen, einmal die Zeitpanne zwischen Vorgelegte dieser besonders umfangreichen Finanzreform und ihrer Genehmigung durch eine möglichst große Weisheit der Volksvertreter soweit als irgend tunlich abzukürzen und andererseits mit vereinten Kräften den sozialdemokratischen Ueberreibungen bezüglich der künftigen Wirkungen der neuen Steuern auf das Fortkommen der Steuerträger in Wort und Schrift entgegenzuwirken.

Das erste Ziel konnte nur erreicht werden, wenn die Regierung in genauer Fühlung mit allen von der Notwendigkeit einer so umfangreichen Reform prinzipiell überzeugten Parteien ihre Steuerentwürfe so einrichtet, daß sie einer großen Mehrheit für die selben sicher war. Es hätte denn nicht dahin kommen können, daß nach sechs Monaten erbitterten und für die sozialdemokratische Agitation so sehr förderlichen Kampfes fast die ganze Finanzvorlage doch nur noch einen wüsten Trimmerhaufen bildet.

Aber auch noch der anderen Richtung hin ist nichts geschehen, um die sozialdemokratischen Aufregungen der besprochenen Steuerentwürfe entgegenzutreten. Wohl von dem Versehen geleitet, die vorgeschlagene Besteuerung als notwendig hinzustellen (was aber von keiner Seite bestritten war), haben selbst der Regierung nachsichtige Befürworter unseres Großstadts immer viel zu sehr betont, daß die vorgeschlagenen Verbrauchssteuern eine schwere Sonderbelastung der unbesittelten Volksklassen darstellen, obwohl dieses für manche dieser indirekten Steuern fast gar nicht, bei anderen lange nicht in dem vorausgesetzten Umfange zutrifft. Einzig und allein die rechtsstehende Presse ist damals in diesem Sinne tätig und beschränkt gewesen, den Wasserzufluß für die sozialdemokratischen Mühlen mit allen Kräften einzudämmen. Die linksstehende Presse dagegen ist stets bemüht gewesen, mit der sozialdemokratischen in übereinstimmenden Darstellungen über die schädigende Wirkung der indirekten Steuern auf die Masse der Konsumierenden oder auch auf die betroffenen Produzentenfreie zu wettern, gerade so, als ob ihre Parteivertreter diese Steuern noch für ebenso verwerflich hielten wie in den früheren Zeiten ihrer grundlegenden Oppositionstellung zu aller Regierungs-Steuerforderungen. Damit leitete sie natürlich in reichster Fülle Wasser auf die sozialdemokratischen Agitationsmühlen, und sie fährt in dieser demagogischen Tätigkeit unbeeinträchtigt fort, nachdem die doch ursprünglich von allen bürgerlichen Parteien als bitter notwendig anerkannte Finanzreform durch das entschiedene Eingreifen aller Parteien der Rechten in erfreulich beschleunigtem Tempo unter Dach gebracht ist. Dabei wird niemand ernstlich behaupten oder gar beweisen können, daß diese jetzt angenommenen Steuerentwürfe die Masse der Widerbenennlichen schärfer heranziehen, als es die Regierungsvorlage wollte; im Gegenteil, der Betrag der Verbrauchssteuern hat eine Minderung, derjenige der Einkommensteuern eine Steigerung erfahren. Wenn nicht und stromt die so eifrig fortgesetzte demagogische Agitation auf dieser Befürwortung gegen die durchgeführte Finanzreform? Einzig und allein der Sozialdemokratie, denn diese ist leicht in der Lage, jeden Wettbewerb der bürgerlichen Parteigruppen durch den einseitigen Zuzug kommender Parteifreie durch den einfachen Hinweis lahm zu legen, daß sie, die Sozialdemokraten, schließlich doch die einzigen grundlegenden Gegner aller indirekten oder Verbrauchssteuern seien, während alle bürgerlichen Parteien zu mehr oder minder großem Entgegenkommen praktisch oder theoretisch bereit gewesen wären. Alle diese Parteigruppen oder angeblich parti-

parteiischen Mächte, welche sich an der herabsetzenden Kritik der neuen Steuern und an übertriebenen Darstellungen über ihre bevorstehende Wirkung so eifrig beteiligen, statt zunächst einmal diese Wirkung abzumarten, tun das, was sie dem Werke der neuen Mehrheitsparteien ganz zu Unrecht vorwerfen: Sie leiten Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen!

Zur Reichsbesoldungsreform

schreibt die „Deutsche Verkehrszeitung“, Organ für das Post- und Telegraphenwesen und für die Interessen der deutschen Verkehrsbeamten:

Die lang ersehnte, heiß umrittene Neuordnung der Besoldungen der Reichsbeamten ist vom Reichstage und vom Bundesrat genehmigt, das Besoldungsgehalt vom Kaiser vollzogen worden. Das Reich wird fortan 115 Millionen Mark jährlich für seine Beamten, Offiziere und Unteroffiziere mehr aufwenden. Die Beamten und die Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung werden nach dem Stande von 1909 über 55 Millionen Mark jährlich mehr als bisher beziehen, sie werden mit der Nachzahlung von 1908 in Kürze eine Summe von rund 80 Millionen Mark ausgezahlt erhalten. Diese für sich sprechende Tatsache sollte allen Verprechungen des Besoldungsausschusses vorangeht werden. Es ist leicht, daran heranzufreten, herauszufinden, daß dies oder jenes besser sein könnte, hier und da hätte mehr gewährt werden sollen. Auch wir haben bei Verprechungen der Vorlage aus unserer Ansicht kein Sehl gemacht, daß manche Verbesserung wünschenswert sei, und wir würden uns mit den Beteiligten aufrichtig gefreut haben, wenn es gelungen wäre, für diese oder jene Klasse mehr zu erreichen. Nachdem das Werk vollendet ist, nachdem die zahlreichen Klippen, an denen die Vorlage zu scheitern drohte, glücklich umschifft sind, nachdem insbesondere manche Verbesserung noch gegenüber der preussischen Besoldungsordnung erzielt ist, stehen wir nicht an, zu sagen, daß die Beamtenhaft allen Grund hat, den verbündeten Regierungen und dem Reichstag für diese weitgehende Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage aufrichtigen und uneingeschränkten Dank zu wissen und zu betonen. Nicht die Erfüllung aller Wünsche, aber das zurzeit Mögliche ist erreicht worden.

Die englischen Vangbüden.

Angelehnt der Tatsache, daß zu derselben Zeit, wo im Außenbereich der Flotte und in der Nordsee nahezu die ganze englische Seefriegsmacht vereinigt ist, die deutschen Flottengefahrer im Atlantik Manöver abhalten, schreibt der über die Flottenhoch berichtende Mitarbeiter des Londoner „Daily Telegraph“ folgendes den englischen Vangbüden ins Stammbuch: „Die britische Flotte ist in ihrer ganzen gewaltigen Stärke versammelt, aber dieses Ereignis hat im Ausland feinerlei Mißverständnis oder Unzufriedenheit hervorgerufen. Die gesamte deutsche Hochseeflotte befindet sich weit von hier im Atlantischen Ozean, wo sie unter dem Kommando des Prinzen Heinrich von Preußen Übungen abgibt. Das trifft sich glücklich, weil es dazu dienen kann, jene nervös erregten Politiker unter uns zu beruhigen, die überall und immer noch einen Blick aus heiterem Himmel Ausschau halten. Sie mögen sich die Ruhe und Gelassenheit des deutschen Volkes zur Lehre dienen lassen. Die britische Kriegsflotte hat die ganze Nordsee, von keinem Gegner bedroht, zu ihrer Verfügung. Die deutsche Flotte ist soweit entfernt, daß sie zur sofortigen Hilfeleistung nicht zeitig genug erscheinen könnte, und doch ist Deutschland nicht benutzigt. Wir Engländer können die Marinebehörden in Berlin und die Nation, welche sie vertreten, nur beglückwünschen zu dieser tatkräftigen Ausrüstung des friedfertigen Vertrauens, das zwischen zwei benachbarten Nationen obwalten kann, obwohl sie auf den Gebieten des Handels, der allgemeinen Politik und sogar der Flottenrüstung in hartem Wettbewerb stehen.“

Das türkische Verfassungsgeft.

72 bulgarische Offiziere sind in Konstantinopel eingetroffen, um dem geistlich-katholischen Verfassungsgeft und der Truppeninspektion beizuwohnen. Aus Anlaß des Verfassungsgeftes war Konstantinopel seitlich geschmückt. Der Festparade, die auf den Freiheitsbüden von Schiffen stattfand, wo die Grabstätten der bei dem letzten Aufstand gefallenen Soldaten sich befinden, wohnten außer dem Sultan der Thronfolger und alle anderen Bringen des Kaiserhauses, der Schiede und Freiherr von der Goltz bei, dieser in deutscher Uniform. Für das diplomatische Korps und andere Geladene waren Sitze aufgeschlagen. Die Teilnahme von Seiten der Bevölkerung war außerordentlich groß. Von der Parade begab sich der Sultan zum Selamlık. Abends gab er ein Diner im Palais Dolmabahçe. Das jungtürkische Komitee veranstaltete ein Diner im Sidis Kiosk, wozu mehrere Hundert Einladungen ergegangen waren; ferner fand eine große Anzahl öffentlicher Festlichkeiten statt. Zwei geringere politische Vorträge sind die Ordnung nirgends geföhrt worden.

Später läuft aus Konstantinopel noch folgendes Telegramm ein: Mit Einbruch der Dunkelheit wurden alle Stadtteile reich illuminiert. Die Ordnung wurde nirgends geföhrt. In dem von dem jungtürkischen Komitee veranstalteten Diner nahmen der Großvezir und das gesamte Ministerium, Scheffet Pascha und die Spitzen der Geistlichkeit, Offiziere, Abgeordnete und Journalisten teil. In dem Abend wurde die Einführung der Verfassung geföhrt und die Bevölkerung zur Einigung ermahnt.

Der Sultan hat eine Amnestie erlassen, wonach alle bisher nicht vollstrafte Todesurteile des Kriegesgerichts aufgehoben werden und keine weiteren Verfolgungen Reaktionsärer entgegen werden dürfen.

Die türkische Antwort auf die Aretanote.

In der türkischen Antwort auf die Aretanote, die Donnerstagsabend den Vorkästen der Schamarchie übergeben wurde, erklärt die Porte, daß sie die Verfertigung der Mächte über die Verwaltung der Souveränitätsrechte des Sultans und der Rechte der Mohammedaner zur Kenntnis nehmen und sich die Ueberzeugung aus, daß damit auch die Bürgerrechte der Mohammedaner gemeint seien. Die Porte erklärt die einzige Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Fiktion einer Form der Autonomie für die Insel, erklärt aber den heutigen Status quo für eine Verletzung der Souveränitätsrechte des Sultans und des Völkerrechts. Die Einmischung eines dritten Staates in die Verwaltung der Insel könne nicht mehr gebildet werden. Nur wenn die Einmischung aufhöre, könne die Porte in Verhandlungen über ein autonomes Regiment auf der Insel auf Grund ihrer Souveränitätsrechte eintreten.

Die Kämpfe zwischen Marokko und Spanien.

Nach einer amtlichen Meldung aus Melilla fand am 22. Juli abends ein Gefehskampf statt, bei dem ein Soldat verwundet wurde. Vier Verwundete sind am Freitag im Hospital gestorben. In zwei Abteilungen vordringende Marro verjagte nachts wiederum, die spanischen Stellungen anzugreifen. — Wie aus Malaga gemeldet wird, ist die Einschiffung der aus Madrid für Melilla bestimmten Truppen ohne weiteren Zwischenfall verlaufen.

Der „Agence Babas“ wird aus Madrid über San Sebastian gemeldet, daß die Fundgebungen, die sich aus Anlaß der Abwendung von Katertruppen nach Melilla ereigneten, sehr heftigen Charakter trugen. Am 21. und 22. Juli habe König Alfonso mehrere Majern besucht und sei dort Gelegenheitswichtig freundschaftlicher Kundgebungen gewesen. Drei Kompanien Jäger, so wird weiter gemeldet, hätten versucht zu meutern und hätten ihre Vorgesetzten bedroht. Am 21. Juli abends kam es im Außenbild der Abfahrt des Referendarius zu sehr heftigen Aufritten. Die Menge drang in den Bahnhof ein und warf Schwellen auf die Schienen. Die Polizei erwies sich als machtlos. Bürgergarden erst machten die Schienenwege mit Kolbenschlägen frei. Es wird sehr strenge Zensur geübt; man läßt nur wenige Telegramme durch und auch der Telephonverkehr wird unterdrückt. Sozialistische Versammlungen sind untersagt und die Zeitungen werden streng überwachet. Nach einer aus Melilla auf brüchlichem Wege eingegangenen Meldung soll General Marina drohprobiert haben, er brauche 40 000 Mann. Der Maß könne den Muren, die durch das defensive Verhalten der Spanier ermüdet wurden, nicht mehr lange widerstehen.

Deutsches Reich.

* Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg wird sich gelegentlich der Mitte September in München erfolgenden Eröffnung der Schackalerie dem Prinzregenten von Bayern vorstellen. Ob er im Anschluß daran auch die Höfe in Karlsruhe und Stuttgart besuchen wird, steht noch nicht fest.

* Deutsche und spanische Offiziere. Der Admiral und die Offiziere der in Ferrol vor Anker liegenden deutschen Kriegsschiffe folgten am 23. Juli einer Einladung des Generalalkommandanten zu einem Frühstück, bei dem Kräfte auf spanischer Seite und König Alfonso, sowie auf Deutschland und Spanien ausgetradet wurden.

* Das Brautpaar. Die Nummer 43 des Reichsgefehltes enthält die Bekanntmachung betreffend die Fassung des Brautpaars vom 21. Juli 1909.

Ausland.

Der Besuch des Königs von Spanien in England verlohnen. Jetzt wird in London auch amtlich bekannt gemacht, daß der Besuch des Königs von Spanien hinausgeschoben ist.

Der Gesundheitszustand des Königs von Serbien. Gegenüber der anderslautenden Nachricht eines Verlangers Wlades zu einem Frühstück, bei dem Kräfte auf spanischer Seite und König Alfonso, sowie auf Deutschland und Spanien ausgetradet wurden.

Portugal. In der Weiskammer wurde von Seiten der Regierung erklärt, daß sie eine Politik verfolgen werde, die auf die Herbeiführung des Landes hinausziele. Das Kabinett werde von liberalem Geiste erfüllt sein; der Minister des Auswärtigen werde sich anlegen sein lassen, den Handelsvertrag mit

